

POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN

Juli 2004

**Als Konsequenz der Europawahlen:
Sozialdemokratisch geführte Regierung in
Tschechien tritt zurück**

Sozialdemokratische ČSSD mit historischer Niederlage

Nach der schweren Niederlage bei den Europawahlen, bei denen die regierende sozialdemokratische ČSSD nur zwei von 24 Mandaten erhielt, mutierte die seit langem schwelende Kritik an Premierminister Vladimír Špidla zu einem offenen Aufstand der Parlamentsfraktion und der regionalen Parteiorganisationen. Im Zentralausschuss formierten die Anhänger des ehemaligen linkspopulistischen Ministerpräsidenten Miloš Zeman, die Parteilinke und die Gruppe um Innenminister Stanislav Gross eine Front gegen den Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten.

Das politische Ende des ehrlichen Menschen Špidla?

In den Europawahlen am 11. und 12. Juni war die ČSSD regelrecht untergegangen: mit 8,8% der abgegebenen Stimmen wurde sie nur fünftstärkste Partei und musste im Verhältnis zu den letzten nationalen Wahlen über 21% abgeben. In einer Sitzung des Zentralausschusses am 26. Juni stellte sich Špidla der Abstimmung über sein Amt als Parteivorsitzender. In der Abstimmung wurde er knapp als Vorsitzender bestätigt. Zwar gelang es Špidlas Gegnern nicht, die vom Parteistatus zur Abwahl seines Vorsitzenden vorgeschriebene Mehrheit von drei Fünftel der Mitglieder des Zentralausschusses zu erreichen. Špidla drohte aber, bei einem parlamentarischen Misstrauens-

antrag an seiner eigenen Parlamentsfraktion zu scheitern. Er erklärte daher noch am selben Tag seinen Rücktritt als Ministerpräsident und legte auch sein Amt als ČSSD-Parteichef nieder. Am 1. Juli 2004 nahm Staatspräsident Václav Klaus seine Demission an. Bis zur Ernennung einer neuen Regierung werden Špidla und seine Minister weiterhin in ihren bisherigen Funktionen tätig sein. Špidla wurde ebenso beauftragt, die Funktion des Justizministers vorübergehend auszuüben.

Špidlas Regierungszeit stand unter einem ungünstigen Stern. Zunächst war er, um die Kommunisten als Regierungspartei zu verhindern, ein äußerst brüchiges Koalitionsbündnis eingegangen. Die Mitte-links-Koalition verfügte nur über die Mehrheit von einer Stimme. Insbesondere beim kleinen Koalitionspartner, der Freiheitsunion (US-DEU) war es zu Unstimmigkeiten gekommen. Abgeordnete verließen die Fraktion, neue mussten gefunden werden, damit die Fraktionsstärke erhalten blieb. Ferner standen Reformen an, die angegangen wurden, wenngleich auch etwas zaghaft. Die Zustimmung in Bevölkerung und Parteibasis für den Reformkurs sank. Aus seinem „Exil“ in Vysočina quengelte unablässig Špidlas Vorgänger Miloš Zeman und verlangte Kooperation mit den Kommunisten. Špidla selbst genoss jedoch, auch aufgrund seiner ruhigen ergebnisorientierten Art des politischen Umgangs, höchste Popularitätswerte unter ausländischen Beobachtern und ausländischen Parteivertretern. Vladimír Špidla wurde mit den Attributen sachlich, integer, ehrlich und unaufdringlich beschrieben, vielleicht zu unaufdringlich. Das sehr gute Verhältnis zu deutschen Politikern, nicht nur zu Bundeskanzler Schröder, sondern insbesondere auch zur CDU-Vorsitzenden Dr. Merkel und zum sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Milbradt, ist Nachweis für die Anerkennung, die Špidla international zuteil wurde. Oppositionsführer und ODS-Vorsitzender Mirek Topolánek bestätigte, dass Špidlas Politik zum Teil auch in der Opposition positiv aufgenommen wurde. Topolánek würdigte Špidlas Bemühungen um die Schaffung von Mehrheiten unter Ausschluss der Kommunisten.

Špidla könnte in einer neugebildeten Regierung einen Ministerposten übernehmen. Möglich wäre auch seine Benennung zum neuen tschechischen Kommissar.

Zur Regierungsneubildung – Einschätzungen und Erwartungen

Präsident Václav Klaus nahm am 1. Juli 2004 erste Gespräche mit den wichtigsten Fraktionen auf, um die Möglichkeiten einer Regierungsneubildung zu sondieren. Die entscheidenden Gespräche sollen in der von Klaus selbst so festgelegten Reihenfolge mit ČSSD, ODS und KDÚ-ČSL geführt werden. Er kündigte an, er wolle nur die Bildung einer Regierung zulassen, die über eine feste Mehrheit verfügt und bei Abstimmungen im Parlament nicht von der Unterstützung der Kommunisten abhängig ist.

Neuer ČSSD-Parteivorsitzender wurde am vergangenen Samstag der 34-jährige Innenminister Stanislav Gross. Ihm wird vermutlich die Aufgabe zukommen, eine neue Regierung zu bilden. Sollte es ihm gelingen, eine stabile Regierung aufzustellen, die im tschechischen Parlament eine Mehrheit findet, hat er gute Chancen, neuer tschechischer Ministerpräsident zu werden.

Der neue ČSSD-Vorsitzende beabsichtigt zunächst, mit den bisherigen Koalitionspartnern, der christdemokratischen KDÚ-ČSL und der rechtsliberalen Freiheitsunion zu verhandeln.

Ob die bisherige Koalition fortgesetzt werden kann, ist fraglich: Bisher verfügten die drei Regierungsparteien gemeinsam über 101 der 200 Sitze im tschechischen Parlament. 70 Mandate hat die ČSSD, 21 die KDÚ-ČSL und 10 die Freiheitsunion (US-DEU) zu. Die US-DEU, die auch zu den Wahlverlierern gehörte, musste laufend Austritte von maßgeblichen Mitgliedern hinnehmen. Auch in jüngster Zeit waren Senatoren aus der Partei ausgetreten. Seit Špidlas Rücktritt erklärten zwei weitere Abgeordnete der US-Fraktion, sie verließen Partei und Fraktion. Da einer Fraktion mindestens zehn Parlamentarier angehören müssen, hat die US ihren Fraktionsstatus verloren. Der Regierung fehlen somit zwei Stimmen zur Mehrheit.

Für eine Minderheitsregierung mit Unterstützung der Kommunisten spricht sich in der ČSSD zurzeit nur eine kleine Gruppe um den stellvertretenden Parteivorsitzenden Zdenek Škromach aus. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten fürchtet, dass dieses Bündnis das Ende der ČSSD als führender Kraft der tschechischen Linken sein würde.

Für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition plädieren auch die christlichen Demokraten (KDU-CSL), die die einzig wirklich konstante Regierungspartei waren und sind, und die verbliebenen Abgeordneten der Freiheitsunion. Miroslav Kalousek, der Vorsitzende der KDU-CSL, befürchtet, dass die Kommunisten bei Neuwahlen noch größere Zuwächse erzielen könnten. Ähnlich äußert sich der neue Vorsitzende der US-DEU, Pavel Němec. Beide Politiker wollen nur unter der Voraussetzung kooperieren, dass die Reformen der Regierung Špidla fortgesetzt werden. In der ČSSD erwartet man sich von Gross hingegen eine deutliche Wende nach links. Schließlich war Špidla gestürzt worden, weil man ihm in der Partei vorwarf, das sozialdemokratische Programm verwässert, den bürgerlichen Koalitionspartnern zu weitgehende Zugeständnisse gemacht und die linken Wähler den Kommunisten in die Arme getrieben zu haben.

Oppositionelle ODS: Die Einforderung von Neuwahlen als lästige Pflicht?

Von der oppositionellen ODS kann Gross keine Unterstützung erwarten. Parteichef Mirek Topolánek möchte die neue Regierung nur dann unterstützen, wenn diese als Interimsregierung bis zu Neuwahlen fungieren wird. Topolánek machte bei Gesprächen in Berlin am 29.06. mit der CDU-Vorsitzenden Dr. Merkel und dem CDU-Landesgruppenchef Glos sowie dem CDU-Landesgruppensprecher Niedersachsen Dr. Kues deutlich, dass vorgezogene Wahlen noch in diesem Jahr aus seiner Sicht keinen Sinn machen. Neuwahlen sollten im Frühsommer 2005 stattfinden. Topolánek erkennt völlig richtig, dass 18 Monate nach seiner Übernahme des Amtes des Parteivorsitzenden die Partei noch nicht personell und programmatisch für die Regierungsübernahme bereit ist. Topoláneks Strategie, die Partei in die Mitte zu



führen, seine Annäherung an die mitteleuropäischen Volksparteien, der Versuch, die Partei personell neu aufzustellen, steht noch ganz am Anfang. Etwas Zeit hat Topoláneks ODS noch nötig, um regierungsfähig zu sein. Topolánek weiß das. Ist die Einforderung von Neuwahlen vielleicht nur die Erfüllung einer unangenehmen oppositionellen Obliegenheit?

Pressestimmen in den tschechischen Medien

Die Tageszeitung „Lidové noviny“ (LN) sinniert unter der Überschrift „Špidlas Platz danach“ darüber, in welcher Funktion sich Vladimír Špidla künftig bewähren könnte. LN nennt zwei Alternativen: Špidla könnte Vorsitzender des Abgeordnetenhauses oder tschechischer Europakommissar werden. Nicht auszuschließen ist auch, dass der scheidende Premier versuchen könnte, erneut für den Vorsitz der CSSD zu kandidieren.

LN führt aus: Obwohl man Špidla als intelligenten und fleißigen Politiker schätzt, wird ihm Mangel an Kommunikationsfähigkeit und Kompromissbereitschaft vorgeworfen. Charakteristisch sei für Špidlas Arbeitsweise, hohe Ansprüche an sich selbst und ebenso an seine Umgebung zu stellen. Denkbar sei daher nicht zuletzt der seit mehr als einem Jahr unbesetzte Posten des Präsidenten des tschechischen Rechnungsprüfungshofes.

Dass sich nun in den nächsten Tagen und Wochen wirklich Entscheidendes ereignet, steht zu bezweifeln. Es sind nämlich Sommerferien und die Sehnsucht der Tschechen, im Sommer entweder die kroatische Adria zu besuchen oder einfach nur „na chate“, also auf der Wochenenddatscha, ein Pilsener Urquell zu sich zu nehmen, könnte eine zügige Regierungsneubildung verzögern.

Prag, den 02.07.04

Dr. Stefan Gehrold
(Außenstellenleiter)